

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Hannover, den 17.04.2015

Fahrradland Niedersachsen stärken

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/2886

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

EntschlieÙung

Fahrradland Niedersachsen stärken

Fahrradfahren schont das Klima und ist gesund für die Menschen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger lassen im Alltag das Auto stehen und fahren mit dem Rad zur Arbeit, Schule oder auch Kinderbetreuung. Auch in der Freizeit wird das Fahrrad immer beliebter - ob Wochenendausflug oder gar Familienurlaub, die Niedersachsen radeln gern durchs Land. Diesen Trend unterstützt die rot-grüne Landesregierung tatkräftig mit ihrer Radverkehrspolitik, damit Niedersachsen eines der beliebtesten Fahrradländer auch in der Zukunft bleiben wird. Mit rund 7 500 Kilometern Radwegen an Landes- und BundesstraÙen nimmt Niedersachsen bundesweit einen Spitzenplatz ein. Die rot-grüne Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, das Radwegenetz zu erhalten und auszubauen und die Nutzung des Fahrrads in Niedersachsen weiter zu optimieren.

Es sollte - wenn möglich und bei entsprechendem Einsatz auf kommunaler Ebene - ein regionaler Ausgleich angestrebt werden und Geschäftsbereiche mit unterdurchschnittlichem Radwegeanteil stärker berücksichtigt werden. Eine besondere Fürsorge gilt den jüngeren Verkehrsteilnehmern, weil sie aufgrund ihrer Entwicklung stärker auf Schutz angewiesen sind als erwachsene Verkehrsteilnehmer. In diesem Sinn sollte künftig bei der Fortschreibung des niedersächsischen Radwegekonzeptes das Kriterium der Radwegesicherung an Kitas und Schulen eine höhere Priorität bei der Auswahl der Radwegprojekte eingeräumt werden. Der weitere Ausbau des niedersächsischen Radwegenetzes ist wichtig. Gleichzeitig ist es nötig, das bestehende Netz angemessen zu erhalten. Aus diesem Grund macht es Sinn, analog zur Priorisierung der neu zu bauenden Radwege auch eine Erfassung und Bewertung der Erhaltungsmaßnahmen an vorhandenen Radwegen zu erstellen und die Maßnahmen entsprechend ihrer Dringlichkeit abzarbeiten.

Der Landtag begrüÙt,

- dass die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen sich im Mai 2015 als Verein konstituiert, mit jährlich 100 000 Euro finanziell unterstützt wird und ein geschäftsführendes Büro öffnet,
- das Sonderprogramm in Höhe von insgesamt 32 Millionen Euro, mit denen das Land Kommunen bis 2016 unterstützt, zusätzliche Radwege zu bauen und die Verkehrssicherheit für Radfahrer weiter zu verbessern,
- den Baubeginn und Bau von 19 Radwegen an LandstraÙen im Jahr 2015.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die erfolgreiche Verkehrspolitik im Bereich Radverkehr fortzusetzen und dafür zu sorgen, dass Niedersachsen weiter seinen Spitzenplatz behält,
2. im Jahr 2015 das Radwegekonzept 2012 fortzuschreiben und dabei zu berücksichtigen:
 - a) jeweils eine Prioritätenliste zum Neubau von Radwegen sowie zum Erhalt von Radwegen unter Beteiligung von Kommunen und Landkreisen zu erstellen,
 - b) bei der Priorisierung der Projekte das Kriterium der Radwegesicherung an Kitas und Schulen gegenüber den übrigen anzuwendenden Kriterien wie Lückenschlüssen, Radfahrerpotenzial, Tourismus, Machbarkeit, Kostenrelevanz zu bevorzugen,
 - c) ob die Ergebnisse des bundesweiten Modellvorhabens zu Schutzstreifen außerhalb geschlossener Ortschaften geeignet sind, die Anlage von Schutzstreifen außerhalb geschlossener Ortschaften nach dem niederländischen Modell zu beginnen,
 - d) dass bei positiven Ergebnissen des bundesweiten Modellvorhabens zu Schutzstreifen an Landstraßen ohne Radweg (Mischverkehr) weitere Angebote für den Radverkehr in Form von Schutzstreifen/Radfahrstreifen, konsequent weiterentwickelt werden.
3. den Runden Tisch Radverkehr und die Radverkehrsbeauftragte auch weiterhin zu unterstützen,
4. auf Landesebene den Nutzen von Radschnellwegen nach dem Vorbild der Niederlande, Dänemarks und Belgiens zu prüfen und zusammen mit vorhandenen Erkenntnissen aus den Metropolregionen auszuwerten,
5. sich auf Bundesebene für die Prüfung der Weiterentwicklung der straßenverkehrsrechtlichen Rahmenbedingungen zur Stärkung des Radverkehrs einzusetzen,
6. die Zunahme der Anzahl der E-Bikes bzw. Pedelecs bei den Planungen zu berücksichtigen, sowohl bei den Radwegen als auch bei den Abstellflächen und den Ladestationen.

Sabine Tippelt
Vorsitzende